

immer mehr Asylb
Flüchtlinge
kriminell
nehmen und unsere Arbeit
Wirtschaftsflüchtlinge
Die Presse lügt

BERLIN

SPD

**ARGUMENTE
GEGEN RECHTS**

Herausgeber:

SPD Landesverband Berlin
Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstraße 163 · 13353 Berlin

Telefon 030.4692-222
vorstand@spd.berlin

Juli 2015

INHALT

■ Vorwort

■ Argumente gegen rechts

- 1 | „Immer mehr Asylbewerber und Flüchtlinge.“
- 2 | „Die nehmen uns unsere Arbeit weg.“
- 3 | „Die bekommen alles in den Hals gesteckt.“
- 4 | „Die mit ihrem Islam sind gefährlich.“
- 5 | „Ich darf doch wohl noch sagen, was ich denke.“
- 6 | „Die Presse ist doch gleichgeschaltet.“
- 7 | „Die können doch so arm nicht sein.“
- 8 | „Das sind vor allem Wirtschaftsflüchtlinge.“
- 9 | „Wir werden nicht einmal gefragt.“

■ Zahlen. Daten. Fakten.

■ Ein paar Tipps zum Schluss

■ Kontakte und Adressen



**ARGUMENTE
GEGEN RECHTS**



Liebe Genossin, lieber Genosse,

es gibt auf der Welt wohl nur wenige Menschen, deren Familiengeschichte nicht auch von Flucht geprägt ist. Fluchtgründe sind so verschieden, wie es die Anlässe sind. Egal warum, woher und wohin Menschen fliehen müssen, eines eint sie: Sie sind froh, wenn sie da, wo sie ankommen, auf Verständnis, Aufgeschlossenheit und Menschlichkeit treffen. Das verlangt den Aufnehmenden etwas ab. Aber wer sich Mensch nennt, muss helfen.

Diese Einsicht eint uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. **Deshalb stellen wir uns den Fragen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wer mit uns sachlich diskutieren will, dem hören wir zu.** Wir müssen nicht erst lernen, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen, weil wir das schon seit über 150 Jahren tagtäglich tun.

Dieser kleine Argumentationsleitfaden soll Euch eine Hilfe sein. Wir listen Argumente gegen Parolen auf, die Ihr an den Ständen bei Eurer Arbeit gegen rechts zu hören bekommen könntet. Solange sich Euer Gegenüber nicht im Ton vergreift oder sich bewusst diskriminierend verhält, versucht auf seine Argumente einzugehen und sie mit Gegenargumenten und Fakten zu widerlegen.

Sucht keine direkte Konfrontation. Wer Euch bedroht oder unverschämt wird, hat Eure Aufmerksamkeit nicht verdient. Euer Schutz steht immer an erster Stelle. Wenn es die Situation notwendig macht, dann ruft die Polizei und informiert bei Vorfällen das Kurt-Schumacher-Haus.

Bitte gebt uns eine Rückmeldung, wenn Ihr Fragen habt oder Antworten oder Infos ergänzt werden sollen.

Vielen Dank für Eure Unterstützung und Euer Engagement!

Euer

Jan Stöß
Landesvorsitzender SPD Berlin

„Es kommen **immer mehr Asylbewerber und Flüchtlinge** zu uns. Das kann Deutschland **doch gar nicht verkraften!**“

Knapp **90%** der weltweit über **59 Mio. Menschen auf der Flucht** werden von **Entwicklungsländern** aufgenommen und versorgt.

▶ **Die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland ist im vergangenen Jahr um rund 60 Prozent gestiegen.**

Daher stimmt es, dass derzeit viele Menschen in Deutschland Schutz suchen. Weltweit sind aber insgesamt über 59 Millionen Menschen auf der Flucht.

Nur einer von zehn Flüchtlingen flieht nach Europa oder in ein anderes Land der sogenannten ersten Welt. 86 Prozent leben in Entwicklungsländern.

Deutschland hat eine Verantwortung gegenüber den Menschen, die bei uns ankommen. Ein starkes Land mit 81 Millionen EinwohnerInnen kann noch deutlich mehr Menschen aufnehmen, die Schutz vor Flucht und Vertreibung suchen.

In Deutschland werden die Flüchtlinge nach der Bevölkerungsanzahl und dem Steueraufkommen auf die jeweiligen Bundesländer verteilt. Fünf Prozent kommen nach Berlin. Das waren im Jahr 2014 rund 12.000 Flüchtlinge.

Diese Menschen haben ein Recht auf eine menschenwürdige Unterbringung und Unterstützung. Das gebieten das Grundgesetz und der menschliche Anstand. Außerdem hat Deutschland völkerrechtliche Verträge unterzeichnet, u.a. die Genfer Flüchtlingskonvention, die uns binden.

WEITERE INFOS IM ANHANG

„Die kommen hierher und nehmen uns unsere Arbeit weg. Wir haben doch selbst Arbeitslose, die Arbeit suchen!“

Der demografische Wandel macht es **notwendig, dass Deutschland Zuwanderinnen und Zuwanderer findet, die hier leben und arbeiten möchten.** Ohne sie schrumpft die heimische Wirtschaft.

▶ Noch nie hatten mehr Menschen in Deutschland Arbeit als heute. Trotzdem benötigen vor allem Langzeitarbeitslose eine bessere Unterstützung bei der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Hierfür setzen wir uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch weiterhin ein.

Aber weder die intensiven Bemühungen um die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen noch die EU-Arbeitsmigration werden längerfristig dem Mangel begegnen können, der uns durch den demographischen Wandel droht.

Wir brauchen Menschen aus nicht-EU-Ländern und müssen uns daher verstärkt bemühen, Asylsuchende und Flüchtlinge möglichst früh und erfolgreich in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl ist ein hohes Gut, das wir schützen müssen. Menschen in Not werden wir auch in Zukunft Zuflucht und Unterstützung anbieten, weil dies mit unserem Wertesystem der Gleichwertigkeit allen Lebens übereinstimmt.

„Die bekommen alles in den Hals gesteckt, die haben sogar Handys ... aber haben nie was dafür getan. Wir haben auch nie was geschenkt bekommen!“

Flüchtlinge wollen nichts geschenkt, sondern für ihr Auskommen arbeiten.

Wie jeder in unserem Land.

▶ Das deutsche Asylrecht ist sehr strikt. Nur wer an Leib und Leben gefährdet ist, hat ein Anrecht zu bleiben. **Armut ist in Deutschland kein Asylgrund.** Deshalb ist „der Wirtschaftsflüchtling“ auch ein Märchen und reine Propaganda gegen Flüchtlinge.

Die Unterstützung für Menschen, die bereits in Deutschland leben und in Not geraten sind, reicht deutlich über das hinaus, was Asylsuchenden und Flüchtlingen zur Verfügung gestellt wird. Diese Unterstützung ist ein Grundpfeiler unseres Sozialsystems und steht allen hier dauerhaft lebenden BürgerInnen zur Verfügung.

Viele Geflohene kommen mit kaum mehr als ihren Kleidern am Leib bei uns an. Ihnen fehlt es an allem. Ihr altes Leben mussten sie zurücklassen und damit Erinnerungsstücke und den kleinen Wohlstand, für den sie in ihrer Heimat hart gearbeitet haben. **Hier bekommen sie das Notwendige vom Staat und Spenden von Menschen, die sie unterstützen wollen. Mehr nicht.**

Sie wollen nichts geschenkt, sondern für ihr Auskommen arbeiten.

WEITERE INFOS IM ANHANG

„Es gibt immer mehr von den Muslimen. Die mit ihrem Islam sind gefährlich und fügen sich überhaupt nicht bei uns ein. Wir wollen die nicht.“

Ein **Großteil** der **MigrantInnen** kommt aus den **europäischen Nachbarländern** – und sind **Christen**.

► **Wir haben ca. 4 Millionen Muslime, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben. Es ist schlicht und einfach falsch, dass sie sich nicht in Deutschland einfügen.** Gerade die Gastarbeitergeneration stammt in weiten Teilen aus muslimisch geprägten Ländern (Türkei, ehemaliges Jugoslawien). Diese Menschen haben unser Land mit aufgebaut.

Unter den derzeitigen Flüchtlingen aus den Kriegsgebieten sind ebenso **Muslime wie Christen, aber auch Menschen, die keiner Glaubensgemeinschaft angehören** – so wie ein Großteil der Deutschen.

Nicht der Islam als Religion ist gefährlich, sondern die Menschen, die diese heilige Schrift für ihren Terror und ihr Morden als Begründung missbrauchen. Auch im Namen der Bibel wurden in den vergangenen Jahrhunderten schreckliche Taten verübt.

Unser Grundgesetz sagt, dass niemand wegen seines Glaubens benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Das gilt auch für alle Menschen, die zu uns kommen.

Übrigens, ein Großteil der MigrantInnen kommt aus den christlich geprägten Nachbarländern Europas.

*„Also ich bin kein Nazi oder so,
aber ich darf doch wohl noch
sagen, was ich denke.“*

**Art. 5 des GG: Jeder hat das Recht,
seine Meinung in Wort, Schrift
und Bild frei zu äußern und zu
verbreiten [...]. Diese Rechte finden
ihre Schranken in den Vorschriften
der allgemeinen Gesetze [...] und in
dem Recht der persönlichen Ehre.**



Das Recht der freien Meinungsäußerung ist ein Grundrecht in unserem Land. Das gilt für jeden.

Aber dieses Recht wird dann missbraucht, wenn andere Menschen beleidigt oder bedroht werden.

Wer seine Meinung äußert, sollte auch die Meinung anderer zulassen, wenn diese nicht dem Grundgesetz widerspricht.

5

„In Deutschland wird man gar nicht mehr unabhängig informiert. Die Presse ist doch gleichgeschaltet.“

Unsere Probleme interessieren die doch so wenig wie die PolitikerInnen.“

Wer das Wort „Lügenpresse“ benutzt, bedient sich eines zweifelhaften Kampfbegriffes gegen die Demokratie. So nutzten u.a. die Nationalsozialisten das Wort zur Denunziation von Kritikern und Gegnern ihres Regimes.



Was ist denn „die Wahrheit“? Medien werden von Menschen gemacht, und jeder Mensch hat seine eigene Sichtweise. **Wichtig ist, sich in unterschiedlichen Medien zu informieren**, im Fernsehen, im Radio und der Zeitung, um dann am Ende **das Gelesene oder Gesehene mit seiner eigenen Meinung abzugleichen.**

Der Vorwurf u.a. der Pegida, dass deutsche Medien – beispielsweise wie in einer Diktatur – zentral gesteuert werden, ist absurd.

Wichtig ist der kritische Umgang mit den Medien, ebenso wie das Nachdenken über eigene, vielleicht ja sogar festgefahrene Positionen und Vorurteile!



„Wenn die hierher fliehen konnten, dann können die doch so arm nicht sein.“

Viele Flüchtlinge verpfänden ihre letzte Habe oder leihen sich etwas, um die Flucht finanzieren zu können.

Sie werden von Schleppern ausgebeutet, denen das (Über-)Leben der Menschen oft egal ist.

▶ Viele Flüchtlinge, z.B. aus Afrika und den arabischen Staaten, in denen Krieg herrscht, haben **Monate, wenn nicht Jahre der Odyssee hinter sich**, wenn sie europäisches Festland betreten.

Sie haben ihre letzten Ersparnisse zusammen genommen, um kriminelle Schleuser für ihre Überfahrt nach Europa zu bezahlen.

Das Mittelmeer und die Wüste sind ein Grab für Hunderttausende, die beim Versuch der Flucht umkamen. Wer hier her kommt, auf einem Kutter oder auf anderem Wege, der hat am Ende nichts mehr.

Viele verschulden sich auf Jahrzehnte, um ihre Kinder und Familien außer Landes zu bringen.



*„Unser Asylrecht lässt
jeden rein – vor allem die
Wirtschaftsflüchtlinge.
Das geht nicht.“*

**Das deutsche Asylrecht hat
klare Regel und Restriktionen.
Es wird genau geprüft.
Armut ist kein Bleibegrund
in Deutschland.**

▶ **Das deutsche Asylrecht setzt klare Grenzen für die Aufnahme von Asylsuchenden.** Nur wer verfolgt wird oder um Leib und Leben fürchten muss, darf hier für eine bestimmte Zeit bleiben, bis er wieder sicher in seine Heimat zurückkehren kann. Das Recht, einen Asylantrag zu stellen, ist ein Grundrecht und muss jedem offen stehen.

So lange das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, dürfen die AntragstellerInnen auch in Deutschland bleiben. Die Einführung der sicheren Drittstaatenregelung und das Dublin-II-Abkommen machen es fast unmöglich, legal nach Deutschland einzuwandern.

Deutschland braucht jedoch Einwanderung. Die SPD-Bundestagsfraktion hat daher einen Vorschlag für ein Einwanderungsgesetz vorgelegt. Mit Hilfe dieses Gesetzes soll es Menschen ermöglicht werden, in einem geregelten Verfahren legal einzureisen und die Möglichkeit auf Einbürgerung zu haben. Dies erfolgt, so keine lebensbedrohlichen Umstände vorliegen, nach wirtschaftlichen Erwägungen. Wo werden Fachkräfte gebraucht und wie viele – ähnlich wie es Kanada und die USA vormachen.

Ein solches System verhindert, dass sich Menschen illegal in Deutschland durchschlagen müssen oder auf dem Weg nach Deutschland ums Leben kommen. Hierbei ist es wichtig, die beruflichen Qualifikationen der MigrantInnen so schnell wie möglich anzuerkennen.

„Irgendwo setzt der Staat ein **Flüchtlingsheim** hin – und wir werden noch nicht mal gefragt.“

Wir sind in der **Pflicht, Flüchtlinge ohne Obdach zu versorgen**. Langfristig müssen wir es schaffen, alle Bleibenden in Wohnungen unterzubringen.

Nur auf diesem Weg kann Integration vollständig gelingen.

▶ **Der Staat hat das Recht und die Pflicht hoheitliche Aufgaben zum Wohl der Menschen wahrzunehmen.** Dabei muss er zwischen den Bedürfnissen einzelner Gruppen abwägen.

Beim Bau von Wohncontainerdörfern für Flüchtlinge musste das Land Berlin zwischen den notwendigsten Bedürfnissen der Flüchtlinge ohne jede Bleibe und den Interessen der Anwohner abwägen. **Die AnwohnerInnen vorab nicht zu informieren, wird auch von der SPD kritisiert.** An der Notwendigkeit ändert sich jedoch nichts.

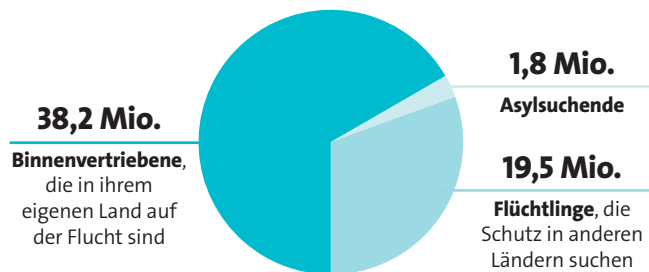
Die Wohncontainer haben eine Mindest-Lebensdauer von 10 Jahren, sie sind schnell fertig, rückbaubar und auch für andere Zwecke wiederverwendbar (z.B. für Wohnungssuchende oder StudentInnen). Diese „neuen Wohndörfer“ sind eine Notlösung, aber sie schaffen eine warme Unterkunft für traumatisierte Flüchtlinge und belasten nicht den angespannten Wohnungsmarkt.

Langfristig müssen die Asylsuchenden in normale Wohnungen untergebracht werden. Dies ist ebenfalls eine Voraussetzung für gelungene Integration.

ANHANG

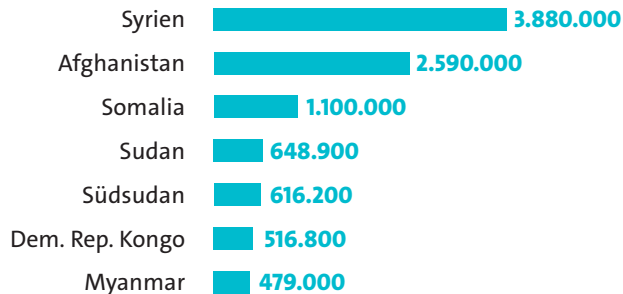
■ Ende 2014 waren weltweit rund **59,5 Millionen Menschen auf der Flucht**. Die meisten sind Binnenvertriebene.

Stand: Ende 2014 · Quelle: UNHCR



■ Die größten **Herkunftsländer von Flüchtlingen**

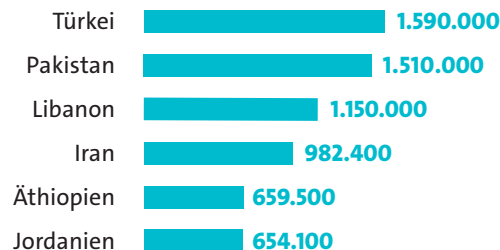
Stand: Ende 2014 · Quelle: UNHCR



ZAHLEN. DATEN. FAKTEN.

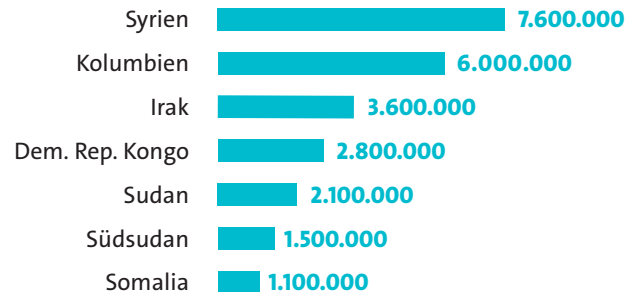
■ Die größten **Aufnahmeländer von Flüchtlingen**

Stand: Ende 2014 · Quelle: UNHCR



■ Die Länder mit den meisten **Binnenvertriebenen**

Stand: Ende 2014 · Quelle: UNHCR



ANHANG

13,9 Mio.

Menschen haben **allein im Jahr 2014** auf der Flucht vor Krieg, Hunger oder Terror ihre Heimat verlassen.

86%

der Flüchtlinge leben in **Entwicklungsländern**, da sie lediglich in ein Nachbarland fliehen.

51%

derjenigen, die auf der Flucht sind oder sich in fluchtähnlichen Situationen befinden, sind **unter 18 Jahre alt**.

ZAHLEN. DATEN. FAKTEN.

143 €

bekommen Flüchtlinge **in den ersten 3 Monaten als Barmittel** zur Verfügung gestellt.

3 Monate

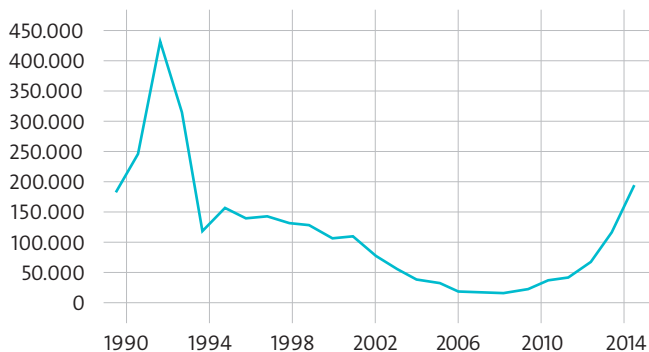
dürfen Flüchtlinge und Geduldete nach ihrer Ankunft in Deutschland **nicht arbeiten**.

15 Monate

müssen Asylsuchende warten, bis sie **bei der Arbeitsvermittlung** wie EU-Bürger berücksichtigt werden.

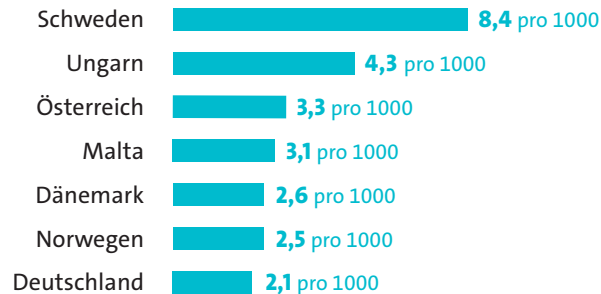
■ Die **Zahl der Asylanträge in Deutschland** steigt aufgrund vieler Konflikte seit 2010 wieder an.

Quelle: Eurostat



■ **Deutschland** nimmt - in Relation zur Einwohnerzahl - weniger AsylbewerberInnen auf als einige andere EU-Staaten.

Asyl-Erstanträge im Jahr 2014 pro 1000 Einwohner · Quelle: Eurostat



ANHANG

Einige dieser Vorschläge kommen Euch vielleicht banal vor oder Ihr berücksichtigt sie schon längst. **Wenn es im BürgerInnen-Gespräch mal schwierig wird, können diese Tipps helfen:**

- Viele Menschen versuchen ihren Aussagen mehr Sachlichkeit zu verleihen, in dem sie etwa sagen: **„Das steht doch überall.“**, **„Das weiß doch jeder.“**, **„Eine aktuelle Studie besagt ...“**.
- Hier kann es sinnvoll sein, sie sachlich und respektvoll **nach ihrer Quelle zu fragen**. Oft hinterfragen Menschen Gehörtes oder Gelesenes nicht. Ein kleiner Denkanstoß hilft da oft schon weiter.
- Manchmal wird **emotional argumentiert**, die **eigene Lebensgeschichte erzählt** und als Beweis herangezogen wird, dass Flüchtlinge hier nicht willkommen sind oder **„die Rechten doch irgendwie Recht haben“**.
- **Hört aufmerksam zu und geht möglichst auf die persönlichen Schicksale ein**. Viele Menschen machen sich gar nicht bewusst, dass auch **ihre Familie in ihrer eigenen Geschichte bereits Opfer von Flucht gewesen sind**. Was bedeutete das damals für die Eltern oder Großeltern? Was half ihnen in dieser Not? Oder ein simples **Gedankenspiel, das Empathie wecken soll**: Worüber würde ich mich freuen, wenn ich fliehen und in einem fremden Land Schutz suchen müsste?

EIN PAAR TIPPS ZUM SCHLUSS

- **Habt immer die Daten von Anlauf- und Kontaktstellen für Flüchtlinge und HelferInnen bei Euch**. Eine Übersicht findet Ihr auf den folgenden Seiten. Wenn jemand helfen möchte, könnt Ihr sofort kompetent vermitteln. Im Zweifel verweist auf die Kreisbüros, die hier gut vernetzt sind.
- Stellt im Gespräch immer wieder in den Vordergrund, **warum Menschen flüchten und wie es ihnen hier vor Ort geht**.

Wenn Ihr **am Stand oder bei einer Aktion gegen rechts angefeindet, bedroht oder wenn Ihr im Nachgang sogar zu Unrecht verklagt** werdet, dann stehen wir Euch beratend zur Seite:

SPD Landesverband Berlin
Kurt-Schumacher-Haus
Telefon 030 . 4692-222
vorstand@spd.berlin

**Wir wollen diese Tipps gerne erweitern
und sind dankbar für jeden Hinweis von Euch.**

ANHANG

BERATUNGSSTELLEN

Stiftung SPI
Mobiles Beratungsteam
»Ostkreuz«

Samariterstraße 19-20
10247 Berlin

Tel.: 030 .41 72 56 28
ostkreuz@stiftung-spi.de
www.mbt-ostkreuz.de

mbr berlin
Mobile Beratung gegen
Rechtsextremismus Berlin
(MBR)

Chausseestraße 29
10115 Berlin

Tel.: 030 .24 04 54 30
info@mbr-berlin.de
www.mbr-berlin.de

DOKUMENTATIONSSTELLE

Register Berlin

Register zur Erfassung
rechtsextremer und
diskriminierender Vorfälle
in Berlin

Alle **örtlichen Meldestellen**
in Berlin findet Ihr unter
www.berliner-register.de

SPD LANDESVERBAND

Kurt-Schumacher-Haus

Müllerstraße 163
13353 Berlin

Tel.: 030 .4692-222
vorstand@spd.berlin
www.spd.berlin

SPD KREISBÜROS

Mitte

Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstraße 163
13353 Berlin

Tel.: 030 .4692-130
mitte@spd-berlin.de

Friedrichshain-Kreuzberg

Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 140
10963 Berlin

Tel.: 030 .291 25 78
Kreis.Friedrichshain-Kreuz-
berg@spd.de

Pankow

Berliner Straße 30
13189 Berlin

Tel.: 030 .96 20 96 60
Kreis.Pankow@spd-berlin.de

KONTAKTE UND ADRESSEN

Charlottenburg-Wilmersdorf

Raths. Charlottenburg / R. 125a
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin

Tel.: 030 .86 31 38 75
Isabel.Herrmann@spd.de

Spandau

Bismarckstraße 61
13585 Berlin

Tel.: 030 .333 71 65
Kreis.Spandau@spd.de

Steglitz-Zehlendorf

Thaliaweg 15
12249 Berlin

Tel.: 030 .7667 9854
info@spd-suedwest.de

Tempelhof-Schöneberg

Hauptstraße 100
10827 Berlin

Tel.: 030 .781 22 83
Kreis.Tempelhof-Schoeneberg
@spd.de

Neukölln

Sonnenallee 124
12045 Berlin

Tel.: 030 .687 21 59
Yvonne.Opprower@spd.de

Treptow-Köpenick

Grünauer Straße 8
12557 Berlin

Tel.: 030 .657 24 54
treptow-koepenick@
spd-berlin.de

Marzahn-Hellersdorf

Blumberger Damm 158
12679 Berlin

Tel.: 030 .99 40 10 15
info@spd-marzahn-
hellersdorf.de

Lichtenberg

Rathausstraße 7
10367 Berlin

Tel.: 030 .9760 6730
info@spd-lichtenberg.de

Reinickendorf

Waidmannsluster Damm 149
13469 Berlin

Tel.: 030 .411 70 36
Kreis.Reinickendorf@spd.de

BERLIN

SPD

www.spd.berlin

www.facebook.com/SPD.Berlin

www.twitter.com/spdberlin

www.youtube.com/spdberlin